

Ich habe
mein eigenes
Projekt!

Haben
wir eine
Zukunft?



Priv.-Doz. Dr. Karin Schnebel
Corinna Wagner



JETZT REDE ICH!



Ist das
gerecht?

WAS JUNGEN MENSCHEN
DIE DEMOKRATIE WERT IST



Priv.-Doz. Dr. Karin B. Schnebel
Corinna Wagner

Jetzt rede ich!

**Was jungen Menschen die
Demokratie wert ist**



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

Umschlag und Illustrationen:

Vasiliki Mitropoulou, Illustration & Grafikdesign,
markundmieze.de

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier (chlor- und säurefrei hergestellt).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-8340-2239-4

Schneider Verlag Hohengehren, Wilhelmstr. 13,
D-73666 Baltmannsweiler
www.paedagogik.de

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Unterrichtszwecke!

© Schneider Verlag Hohengehren, 73666 Baltmannsweiler 2023
Printed in Germany – Druck: Format Druck GmbH, Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Dr. Andrea Taubenböck und Max Schmidt	IX
---	----

Danksagung

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel / Corinna Wagner	XI
--	----

Einleitung: Demokratie und Krisen

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel	1
---	---

1. Demokratie und Werte bei Jugendlichen

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel / Corinna Wagner	6
--	---

2. Konkrete Durchführung und Eindrücke der Befragungen

Corinna Wagner	8
--------------------------	---

2.1 Warum so und nicht anders?	8
--	---

2.2 Demokratie und Meinungsfreiheit	10
---	----

2.3 Engagement	10
--------------------------	----

2.4 Kirche und Religionsgemeinschaften	11
--	----

2.5 Forderungen an die Politik	11
--	----

2.5.1 Pandemie, Klima, Krieg, Energie	12
---	----

2.5.2 Arbeit und Wirtschaft	12
---------------------------------------	----

2.5.3 Bildung	13
-------------------------	----

2.5.4 Frauenquote, Antisemitismusbekämpfung, Volksnähe, etc.	13
--	----

2.5.5 Außenpolitik	13
------------------------------	----

2.6 Diskriminierung	14
-------------------------------	----

2.7 Grundgesetz	14
---------------------------	----

2.8 Direkte Demokratie	15
----------------------------------	----

2.9 Wahlrecht	15
-------------------------	----

2.10 Freiheit und Gleichheit	16
--	----

2.11 Gerechtigkeit	17
------------------------------	----

2.12 Medien	18
-----------------------	----

2.13 Verfassungsstaat	19
---------------------------------	----

2.14 Volkssouveränität	20
----------------------------------	----

2.15 Kenntnis und Vertrauen in den Bundestag und Vertrauen in die Institutionen	20
---	----

2.16 Regierung, Parteien und Politik	21
--	----

2.17	Verschwörungsglaube und damit verbundener Antisemitismus	23
2.18	Einfluss auf die Politik üben	23
3. Interviews		
	PD Dr. habil. Karin B. Schnebel / Corinna Wagner	25
15 Jahre		
3.1	Sabrina: Beim Homeschooling hat was gefehlt	25
3.2	Eleamalou: 20 Prozent Frauenquote ist zu wenig	30
16 Jahre		
3.3	„Herrschaft des Volkes“ bedeutet für mich freie Meinungsäußerung	35
3.4	Paulina: Ich möchte nicht unterdrückt werden	39
3.5	Vielleicht gehe ich mal in den Bezirksausschuss	43
17 Jahre		
3.6	Zeit für die Natur und mich selbst sind mir wichtig	47
3.7	L.: Das Leben wäre ohne Demokratie anders	52
3.8	Der Krieg gefällt mir nicht	56
3.9	Julian: Bis ich älter bin, wird nicht mehr viel übrigbleiben	60
3.10	Ich bin absoluter Liberaler	65
3.11	Politiker sollen auf die Arbeiter zugehen	71
3.12	Mercedesz: Feminismus interessiert mich	76
3.13	Massenabfertigung ist nicht effektiv	80
3.14	Christina: Meinungsfreiheit und Frauenrecht im Iran sind mir wichtig	83
18 Jahre		
3.15	Es geht um Meinungsfreiheit, nicht um den Kampf zwischen Menschen	87
3.16	Die Wissenschaft kann es besser beurteilen	92
3.17	Wahlalter ab 18 Jahren finde ich gut	98
19 Jahre		
3.18	Ich beteilige mich am Demokratieprojekt	101
20 Jahre		
3.19	Ich bin Sozialist	105

21 Jahre	
3.20	Feuerwehr und Landjugend haben mich geprägt 109
3.21	Früher gab es keine Demokratie 112
3.22	Tabea: Wir sollten den Weltfrieden erreichen 116
3.23	David: Es gibt große Unterschiede zwischen der BILD oder der FAZ 120
22 Jahre	
3.24	Wichtig sind die Gleichberechtigung aller Geschlechter und Umweltpolitik 124
24 Jahre	
3.25	Wir pflegen die Bräuche 128
4. Reflexionen	
	Priv.-Doz. Dr. habil. Karin B. Schnebel 132
4.1	Warum so und nicht anders? 132
4.2	Demokratie und Meinungsfreiheit 132
4.3	Engagement 133
4.4	Kirche und Religionsgemeinschaften 133
4.5	Tagespolitik 134
4.6	Arbeit und Wirtschaft 134
4.7	Antisemitismusbekämpfung, Frauenquote, Volksnähe, etc. 134
4.8	Diskriminierung 135
4.9	Grundgesetz 135
4.10	Direkte Demokratie 136
4.11	Freiheit und Gleichheit 137
4.12	Gerechtigkeit 137
4.13	Medien 137
4.14	Verfassungsstaat 138
4.15	Volksouveranität 138
4.16	Vertrauen in die Institutionen 138
4.17	Regierung und Parteien 138
4.18	Einfluss auf die Politik üben 139
5. Die ideale Demokratie	
	Priv.-Doz. Dr. habil. Karin B. Schnebel 141
Literatur 146

Dr. ANDREA TAUBENBÖCK und MAX SCHMIDT

Vorwort

„Demokratie und Freiheit sind nicht bloß Worte, sondern lebensgestaltende Werte.“
(Theodor Heuss)

Dieses Buch setzt sich mit dem Wertebewusstsein und Demokratieverständnis junger Menschen auseinander. Die repräsentative Studie, die die Unternehmensberatung für strategische Kommunikation Brunswick Group Ende 2021 pro bono für die Stiftung Wertebündnis Bayern erstellt hat, tut das auch. Die Ergebnisse haben es in sich und verdienen, dass man sich vertieft mit ihnen beschäftigt (siehe: www.wertebuendnis-bayern.de).

Deshalb kommt dieses Buch wie gerufen, denn es ergänzt die empirischen Ergebnisse der Umfrage unter 805 jungen Menschen zwischen 16 und 26 Jahren in ganz Bayern durch qualitative Interviews mit 25 Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren und mit unterschiedlichen Bildungshintergründen. Diese qualitative Stichprobenanalyse hilft bei der Reflexion und Interpretation der Ergebnisse, indem hinterfragt, nachgehakt und tiefer geschürft wird. Empirische Daten beeindrucken einerseits durch Zahlen und Fakten, die repräsentativ sind. Andererseits bleiben immer Interpretationsspielräume, was die Erklärung und die Hintergründe bestimmter Ergebnisse betrifft. Um hier eine qualifizierte Einordnung vornehmen zu können, ist es zielführend, die junge Zielgruppe selbst zu befragen und um Erklärungsansätze zu bitten.

So stimmt es durchaus nachdenklich, dass zwischen der ersten Erhebung aus dem Jahr 2018 und der zweiten Befragung, die Ende 2021 durchgeführt wurde, das Vertrauen in Staat und Gesellschaft um 25 % und das Vertrauen in unsere Demokratie um 23,2 % zurückgegangen ist. Ob Ende 2021 die durch Corona bedingte negative Stimmungslage in breiten Teilen der Gesellschaft vielleicht noch eine Rolle gespielt und zu diesen alarmierenden Ergebnissen beigetragen hat, kann man aufgrund der Datenlage und der Tatsache, dass insbesondere junge Menschen enorme Einschränkungen sowohl in der Schule als auch in ihrem Freizeitverhalten hinnehmen mussten, nur vermuten. Die vorliegende qualitative Stichprobenanalyse kann hier unterstützende Argumente und differenzierende Einsichten liefern.

Tauchen Sie ein in die Perspektiven junger Menschen und ihre Einstellungen zu unserer Demokratie! Durch die Vielfalt der angesprochenen thematischen Facetten – von Antisemitismus bis Migration, von Engagement bis Gerechtigkeitsvorstellungen, von repräsentativer beziehungsweise direkter Demokratie bis hin zu Parteien – ergibt sich ein durchaus differenziertes und anschauliches Bild.

Um unsere liberale Demokratie zukunftsfähig zu machen, müssen wir junge Menschen hören und in den Meinungsbildungsprozess mit einbeziehen, denn – um es mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zu sagen: „Demokratie, das sind wir alle. Jeder soll erfahren, dass es auf ihn ankommt.“

Danksagung

Hiermit danken wir allen Jugendlichen, die bereit waren, sich mit Corinna Wagner auf die Befragung einzulassen. Wir danken für das Engagement der vielen Personen, die dieses Projekt unterstützt haben.

Nicht immer war es leicht, junge Menschen unterschiedlicher Altersklassen, Geschlecht, Schultypen, Religions- oder Kulturzugehörigkeiten zu finden. Für die qualitative Stichprobenumfrage ist eine gute Durchmischung wichtig, um einen Eindruck der Einstellungen der jungen Menschen in Bayern zu erhalten. Unser Ziel war es allgemeingültige Aussagen zu treffen, die eine differenziertere Interpretation im Vergleich zur quantitativen Studie zulässt. Quantitative Studien ermöglichen diese Differenzierung nicht.

Konkret bedanken wir uns beim Wertebündnis für die großartige inhaltliche Unterstützung! Besonders ist hier Ingrid Ritt zu erwähnen, die uns viele wertvolle Kontakte herstellte. Auch Sebastian Felsner vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband e. V. (BLLV) danken wir für seine tatkräftige Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu verschiedenen Schulen in Bayern. Studienrat Josef Sigg von der Mittelschule Durach sowie Oberstudienrat Christian Schober von der Karl-Peter-Obermeierschule Passau warben erfolgreich für die Teilnahme bei ihren Schülerinnen und Schülern. Dasselbe gilt für Schulleiterin Waltraud Eder der Conrad-Graf-Preysing-Realschule Plattling und Studienrätin Daniela Arnold vom Karls-Gymnasium Pasing. Des Weiteren bedanken wir uns bei Elena Schleider vom Sonic Jugend & Kulturhaus Erding und Alexandra Münchberg von der Geschäftsstelle der Landjugend Bayreuth. Weitere Kontakte kamen über das GIM e. V. und unsere Projektpartner zustande, denen wir ebenfalls für ihre Unterstützung danken.

Ganz besonderer Dank gilt den Jugendlichen, die Corinna Wagner ihr Vertrauen für dieses Interview geschenkt und uns damit einen Einblick in ihr Leben und ihre Haltungen gegeben haben. Wir freuen uns, ihre Aussagen und Auffassungen in diesem Buch abbilden zu können.

Priv.-Doz. Dr. Karin Schnebel bedankt sich auch bei Corinna Wagner, die die Arbeiten an diesem Buch koordinierte und die Aussagen der Jugendlichen quantifiziert hat. Hierzu gehörte auch die Konzeptionierung der Fragen, die Durchführung und die vorläufige Protokollierung der Interviews. Des Weiteren will ich mich beim Wertebündnis Bayern für die Möglichkeit bedanken, ein solches Buch umzusetzen.

Dies ist der 4. Band unserer Demokratierihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München, welche im Rahmen der Werkbändenprojekte publiziert wurden.

Gerade in der heutigen politischen Lage, in der die Demokratie von verschiedenen Seiten immer wieder in Frage gestellt wird, können solche Befragungen Klarheiten schaffen und helfen, manche wichtige Maßnahmen zu konkretisieren.

Priv.-Doz. Dr. habil. Karin B. Schnebel
Corinna Wagner
München, im September 2023

Priv.-Doz. Dr. KARIN B. SCHNEBEL

Einleitung: Demokratie und Krisen

Demokratie ist für die meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) oder zumindest in Westdeutschland eine Selbstverständlichkeit. Bis vor rund 30 Jahren war dies in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nicht der Fall. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1949 ein Sozialstaat, in dem es möglich ist, dass Menschen mit finanziellen Nöten Sozialleistungen erhalten, mit denen sie grundsätzlich ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Doch in den letzten Jahren schleichen sich immer mehr Krisen und Konflikte in unsere Welt. Auch in Deutschland steigt die Armutsrate rasant. Immer mehr Menschen ernähren sich von den „Tafeln“ und die Zahl der Obdachlosen steigt (Tafel 2022). Viele hunderttausende von Personen finden keine bezahlbare Wohnung. Jede/r sechste Rentnerin oder Rentner ist arm, obwohl ein Leben lang Rentenbeiträge einbezahlt wurden. Die Armutsgefährdung lag 2021 mit 16,6% bei steigender Tendenz (Statista 2022, 2). Gleichzeitig nahmen 2021 antisemitische Beiträge in den deutschsprachigen sozialen Netzwerken auf das dreizehnfache zu. Auch die extremistischen Tendenzen im Allgemeinen sind enorm gestiegen. Mittlerweile halten schon 28 Prozent der West- und sogar 45 Prozent der Ostdeutschen Deutschland für eine Scheindemokratie (Allensbachbefragung SWR 2022). Die Demokratie mit Werten wie freien Wahlen, Meinungspluralismus oder Gleichberechtigung ist für fast jeden zweiten Ostdeutschen sogar nur scheinbar vorhanden. Diese Tendenzen sind durch den Anstieg der Energiepreise stark zunehmend; immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie ihre nächste Miete inklusive der ansteigenden Nebenkosten bezahlen sollen. Die Bundesregierung leitet zwar Maßnahmen ein, um finanzielle Erleichterungen zu schaffen, doch eine wirkliche Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Parallel dazu werden die Umweltprobleme immer größer und die Migrationsproblematik gerät wieder in den Vordergrund.

Gleichermaßen ist es ein Hoffnungsschimmer, dass das Engagement für die Demokratie zugenommen hat (Statista 2022, 3). Viele, vor allem junge Menschen, unterstützen die Demokratie; doch andere wollen das Land verändern oder umformen und dies oft nicht im demokratischen Sinne. Wenn dies dann soweit geht, dass das politische System selbst in Frage gestellt wird oder die Demokratie implizit abgeschafft werden soll, wird die Angelegenheit problematisch. Manche setzen sich dafür ein, die Gewaltenteilung auszuhebeln oder die Grundrechte einzuschränken. Dieser Wunsch wird teilweise mit friedlichen Mitteln in die Gesellschaft eingebracht. Ein Beispiel hierfür wäre das Mittel des zivilen Ungehorsams, dem sich manche „Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten“ verpflichtet fühlen. Andere wenden für ihre politischen Ziele auch Gewalt an. Von der rechten Seite macht unter anderem die Reichsbürgerbewegung auf sich aufmerksam. Diese ist mittlerweile auf 23.000 Personen angewachsen. Ihre Mitglieder erkennen die Bundesrepublik

Deutschland nicht an, sondern wünschen sich das Deutsche Reich in den Grenzen von 1914 oder 1938 zurück (BMI 2022). Bedenklich sind auch die Unruhen in der Silvesternacht 2022/23 in Berlin. Auch wenn hier keine direkt erkennbare politische Absicht zu sehen ist, so richtet sich die Gewalt gegen amtliche Vertreterinnen und Vertreter, Verfahren und Institutionen unseres Staates und somit auch gegen den Staat an sich.

Von der rechten Seite engagieren sich viele in nationalistischen oder völkischen Bewegungen, andere – tendenziell von der politisch linken Seite – versuchen, mit der guten Absicht das Klima zu schützen, die Prinzipien unserer Demokratie auszuhebeln, indem sie beispielsweise auf neomarxistische Regierungssysteme setzen. Wieder andere schließen sich religiösen Gruppierungen an, wobei viele muslimische Gemeinschaften sich stärker radikalisieren. Menschen mit Haltungen zur Demokratie, die nur schwierig mit dem Grundgesetz vereinbar sind, nehmen in vielen Bereichen zu (Verfassungsschutzbericht 2021).

Der Brunswick-Studie wie auch der Allensbachstudie zufolge glauben, wie erwähnt, eine zunehmende Anzahl von Deutschen, dass sie in einer Scheindemokratie leben (Brunswick 2022, S. 10; siehe auch Allensbachbefragung SWR 2022). Dieses dahinterstehende fehlende Vertrauen findet man bei den Ostdeutschen häufiger (26 Prozent) als bei den Westdeutschen (16 Prozent). Im Durchschnitt sind es insgesamt über 20 Prozent der Befragten, die das demokratische System ändern wollen (Statista 2022, 4). Nach der Brunswick-Demokratiestudie ist bayernweit das Vertrauen in die Demokratie um 23,2 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2017 (Brunswick 2022, S. 29). Im Hintergrund stehen Unsicherheiten, die unterschiedlich begründet sind und die dank der Meinungsfreiheit in einer Demokratie zum Ausdruck gebracht werden können. Doch die Zunahme der Skepsis gegenüber einer freiheitlichen Demokratie kann zu einem größeren Problem werden.

Eine der Ursachen sind internationale Ereignisse oder auch Tendenzen: Immer mehr Staaten werden autoritär regiert. Selbst die Europäische Union ist davon betroffen: So stellt Victor Orban die ungarische Demokratie in Frage. Russlands neoeurasische Auffassungen finden zunehmend auch in der Bundesrepublik Zuspruch und in Brasilien wurden unter der Präsidentschaft von Jair Messias Bolsonaro, unter der Scheinlegitimation der Coronakrise oder eben der vorgeblichen „präventiven“ Maßnahmen, immer mehr demokratische Rechte eingeschränkt. Auch die Anzahl der explizit undemokratischen Staaten hat zugenommen. Die Demokratien im weiteren Sinne umfassen im Jahr 2020 noch 49,4% der Erdbevölkerung, doch schon ein Jahr später waren es nur noch 45,7%. Nun gibt es 195 anerkannte Staaten, und davon leben 37,1% der Menschheit in einem eindeutig nichtdemokratischen Land. Mit „demokratischen“ Staaten sind diejenigen Regierungsformen gemeint, die sich so nennen, aber nicht notwendigerweise demokratisch sind (Statista 2022, 1).

In einer Demokratie nach europäischer Vorstellung gibt es freie Wahlen, Volkssouveränität, eine unabhängige Justiz, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, Rechtmäßigkeit der Verwaltung, ein Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit aller

politischer Parteien oder ein Recht auf eine Opposition. Wenn Staaten, die sich „demokratisch“ nennen, diese Prinzipien aber nicht umsetzen, sind sie nach Maßstäben der Bundesrepublik oder auch der Europäischen Union bedingt demokratisch. Doch nur ein demokratisches System bietet uns die Freiheiten, die wir genießen: Wir können unser Leben in einem größeren Maße frei gestalten, wir können unseren Beruf oder auch Partnerinnen und Partner wählen, wir haben größere Chancen unser Leben so zu planen, wie wir es uns vorstellen; nur in einer Demokratie kann eine große Anzahl von Personen in einem solchen Freiraum leben.

Wie sollen wir mit dieser Situation umgehen? Warum werden demokratische Systeme immer weniger geschätzt? Nun sind es nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Krisen und Kriege, das Klima oder die Politikerinnen und Politiker, die diese Veränderungen befördern.

Unser Anliegen ist es, die vollständige Demokratie zu verteidigen und zu überlegen, welche Gruppierungen den genannten Werten skeptisch gegenüberstehen. Um dies festzustellen, sind viele Fragen zu beantworten. Wie viele und welche gemeinsame Werte sind erforderlich, damit eine Demokratie wehrhaft bleibt? Welche Unterschiedlichkeiten kann eine Demokratie ertragen? Wie können wir dies feststellen und welche Toleranz ist hier angebracht? Wieviel Selbstbestimmung benötigen Menschen anderer Kulturen oder Religionen für die Integration und wie viel Anpassung kann die Politik von ihnen erwarten, um nach und nach einen gemeinsamen demokratischen Wertekanon zu entwickeln? Wie wichtig sind die historischen oder eben tradierte Werte für die Demokratie und welche Bedeutung haben diese, damit eine Demokratie funktionieren kann? Immerhin hat doch gerade die Bundesrepublik Deutschland sowie viele europäische Staaten eine lange und komplexe Geschichte durchlaufen, bis eine Demokratie möglich wurde und zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte. Wie viel Stabilität und wie viel Veränderung verkräftet die demokratische Gesellschaft in der Bundesrepublik? Welche Krisen kann eine Demokratie aushalten? Und was ist von den Bürgerinnen und Bürgern abzuverlangen? Diese und weitere Unklarheiten treten bei vielen Themen in den Vordergrund.

Zu den Herausforderungen gehören die Maßnahmen der Coronapandemie ebenso wie die Sparmaßnahmen aufgrund der Energiekrise. Hierzu gehört es zu respektieren, dass aufgrund der Klimakrise viele Maßnahmen erforderlich sind oder auch, dass die einen Weihnachten feiern und andere Ramadan. In einer Demokratie sind Frauen und Männer gleichberechtigt, doch in den meisten muslimischen oder patriarchalisch strukturierten Staaten nicht. Viele muslimische Familien in der Bundesrepublik erlauben ihren Mädchen religionsbedingt weniger als den Jungen. Auch die Ruhetage sind verschieden: So feiert die christliche Bevölkerung den Sonntag als Ruhetag, doch muslimische oder jüdische Menschen den Freitagabend und Samstag. Welchen Stellenwert haben Bildung, Geschichte, Heimat, Musik, etc. im Alltag und um welche Bildung, Geschichte, Heimat oder Musik geht es? Essgewohnheiten oder religiöse Rituale sind Unterschiede, die sich fundamental auf die Gemeinschaft

oder einfach das soziale Gefüge auswirken. Menschen sind miteinander befreundet, wenn sie gemeinsame Themen, Gewohnheiten, Denkweisen oder Rituale finden, die sie teilen. In heterogenen Gesellschaften ist das schwierig: Je mehr Verschiedenheit ein Staat zulässt und fördert, desto weiter wird eine Fragmentierung der Gesellschaft erfolgen; die Unterschiede der verschiedenen Gruppen werden stärker und die gemeinsamen Werte schwächer. Zu bedenken ist hier auch, dass Gewohnheiten des Menschen ebendiese aufs Tiefste betreffen.

Durch die daraus entstehende immer stärker werdenden Unterschiede und die dann zunehmende Beobachtung der anderen Religionen und Kulturen wird das Eigene reproduziert (Tezcan 2011, S. 303): Daraus folgen zwei Bestrebungen innerhalb der Gruppe der Nicht-Zugewanderten: Zum einen gibt es diejenigen, die die eigene Kultur oder Religion wieder intensiver pflegen und diese schützen und zum anderen die Bestrebung, die eigenen historischen Wurzeln abzulehnen und damit beispielsweise auch alles Kirchliche oder Traditionelle. Insgesamt suchen Menschen Zugehörigkeit und ziehen sich aus verschiedenen Gründen in ihre gesellschaftliche, politische oder religiöse Gruppe zurück. Damit grenzen sie sich gegen andere ab und es besteht eher die Gefahr, sich zu radikalieren. Dies spiegelt sich nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Parteienlandschaft wider. So wurde im Jahr 2013 die Partei Alternative für Deutschland (AfD) gegründet, die bereits rund zwei Jahre später enorm an Beliebtheit gewann. Ab 2015 zog die AfD in sämtliche Landes- und Bundesparlamente ein. Diese Partei, die sich dem sehr rechten Spektrum zuordnet, schätzt viele unserer demokratischen Prinzipien nicht und wird in Teilen auch immer wieder vom Verfassungsschutz beobachtet. Gleichermäßen ist es aber Ausdruck eines Anteils unserer Bevölkerung und spiegelt die oben genannte Radikalisierung der Gesellschaft wider.

Neben dem rechten Spektrum gibt es auch Radikalisierungen im linken Spektrum. Gruppierungen mit solchen Einstellungen zielen zwar auf Respekt für andere Kulturen oder Religionen ab, allerdings auch dann, wenn beispielsweise die Religionsgemeinschaft die Demokratie faktisch nicht respektiert oder gar unterwandert. Manche linken Gruppierungen streben ein neomarxistisches Regime an, welches auf eine sozialistische Gleichheit abzielt, doch ebenfalls Menschen diskriminiert, indem Minderheitengruppierungen nicht gefördert oder gar ignoriert werden.

Die Gemeinsamkeiten dieser beiden Seiten zeigt sich beim Thema Migration sehr deutlich im direkten Vergleich. Die „Rechten“ unterdrücken Zugewanderte oder lehnen sie bisweilen ab und die „Linken“ zielen auf eine absolute Anpassung in denen für sie wichtigen Belangen, wie beispielsweise die Assimilation der Bürgerinnen und Bürger an ein kommunistisches Regime an. Dieses respektiert beispielsweise Minderheitengruppierungen ebenfalls nicht.

Radikalisierungen von rechter wie auch von linker politischer Seite zielen meist auf eine autoritäre Führung. Bei der politisch rechten Seite sollte diese autoritäre Führung das Land vor Fremden möglichst beschützen, von der politisch linken Seite wird ein Gleichheitsverständnis ähnlich kommunistischer Vorstellungen eingefordert, in welchem Ideale wie Toleranz und Klimaschutz auch rigoros und autoritär

durchgesetzt werden. Selbst in der Mitte der Gesellschaft gibt es den immer mehr verbreiteten Wunsch nach einer klaren Führung oder auch die Ansicht, dass wir in einer Scheindemokratie leben (Statista 2022, 1; Brunswick 2022). Der Wunsch nach einer direkten Demokratie ist demnach gekoppelt mit einer starken Führung.

Dieses Buch will nun einen Einblick geben, welche Bedeutung die Demokratie für Jugendliche hat. Wir haben uns auch die Frage gestellt, wie sich die Krisen der vergangenen Jahre auf die Einstellungen oder auf das Interesse von Jugendlichen für die Demokratie ausgewirkt haben. Krisen verändern die Gesellschaft und damit natürlich auch das Verhältnis und das Verständnis der jungen Menschen zur Demokratie. Teile des demokratischen Denkens hängen auch mit Kenntnissen über die Funktionen unseres politischen Systems zusammen. Ein weiterer großer Bereich, der in den letzten Jahren zu Einstellungsveränderungen geführt haben kann, ist das Internet. Man hat festgestellt, dass viele extremistische Einstellungen sich parallel mit der Durchsetzung des Internets verbreitet haben. Zu erwähnen ist hier auch der Medienkonsum, der beachtlich zugenommen und gerade unter den Jugendlichen neue Abhängigkeiten geschaffen hat. Durch die Zunahme der Nutzung der Sozialen Medien haben die herkömmlichen Medien an Bedeutung verloren und vielfach werden sie bisweilen sogar als „Lügenpresse“ bezeichnet. Gleichzeitig nehmen aber die einseitigen Darstellungen in den sozialen Medien rasant zu. Immer weniger Jugendliche lesen heute noch die Zeitung und noch weniger davon lesen die Zeitung in Papierform. Ähnliches gilt auch für politische Themen, die im Fernsehen oder im Radio ausgestrahlt werden. Jede und jeder kann nun im Internet publizieren, was ihr oder ihm beliebt und ist selbst Journalist. Dies macht ein großes Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft nötig und es stellt sich die Frage, ob dieses entsprechend aufgebracht wird. Einerseits können dank des Internets sehr schnell Dinge organisiert werden, so auch Demonstrationen, doch auch Verschwörungserzählungen und Fake News, nicht selten mit antisemitischem Inhalt, verbreiten sich rasant. Hieraus entsteht auch die Frage, wie Jugendliche sich eine gerechte Gesellschaft vorstellen, ob diese Vorstellungen sich geändert haben oder ob die Antworten zeigen, dass wir uns diese Frage aufgrund der Lage hinsichtlich der Pandemie, des Klimas, der Energieknappheit, des Krieges oder der stetig steigenden Anzahl der Zuwanderungen nicht mehr so „frei heraus“ stellen können. Welche neuen Vorstellungen von Demokratie oder von Gerechtigkeit sind nun im Umlauf oder nehmen zu? Wie ist der Status Quo unter Jugendlichen in Bayern und wie kann der Respekt vor unseren demokratischen Strukturen gestärkt werden.

Klar ist, dass wir einen gemeinsamen Konsens benötigen, damit eine Demokratie stabil bleibt. Nur wenn die gemeinsame Werte-Grundlage von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird, ist eine Demokratie möglich. Dieser Band 4 unserer Veröffentlichungen soll zur Wehrhaftigkeit der Demokratie in verschiedenen Formen beitragen.

Priv.-Doz. Dr. habil. Karin B. Schnebel
München, im September 2023

Priv.-Doz. Dr. KARIN B. SCHNEBEL / CORINNA WAGNER

1. Demokratie und Werte bei Jugendlichen

Davon ausgehend, dass eine gemeinsame Wertegrundlage für eine funktionierende Gesellschaft notwendig ist, ist es wichtig, dass sich möglichst viele in dieser Demokratie engagieren. Dieses Engagement erhöht die Identifikation der Menschen mit der Gesellschaft und auch den Wunsch, diese Gesellschaft mitzugestalten. Der Schlüssel zu dem Wunsch sich zu betätigen, wäre demnach, Verantwortung tragen zu dürfen. Dies können auch kleine Dinge sein, doch wenn die Bürgerinnen und Bürgersich tatsächlich als unsere Gesellschaft mitgestaltend betrachten können, identifizieren sie sich mit ihrem geografischen Lebensmittelpunkt und setzen sich dafür ein. Und dies ist der Weg zur Integration von Zugewanderten, der Stärkung der Zugehörigkeit und letztendlich würde es weniger Menschen geben, die sich gegen die Gesellschaft und die Politik auflehnen und sich radikalisieren.

Nun kann zwar beobachtet werden, dass das Engagement für die Gesellschaft zugenommen hat, aber bei der konkreten politischen Beteiligung sieht die Lage schlechter aus. So engagieren sich rund 37 Prozent der befragten 12- bis 25-jährigen nach einer Umfrage aus dem Jahr 2020 in einem Verein, doch nur 4% in einer Partei (Statista 2022, 3). Der Brunswick-Studie zufolge verlieren demokratische Werte allgemein an Bedeutung (Brunswick 2022, S. 10). Demnach werden Werte oder moralische Leitprinzipien sowohl im gesellschaftlichen als auch im privaten Bereich unwichtiger und das Private steht bei jungen Menschen in der Bundesrepublik im Vordergrund. Auch das Leitprinzip der Demokratie nimmt ab und das Misstrauen in die Politik wächst. Gerade das Internet und die Sozialen Medien haben einen negativen Einfluss auf Jugendliche in Bezug auf ihre demokratischen Werte (dies.).

Dies hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, Jugendliche zu Wort kommen zu lassen. Gerade in einer Demokratie ist es notwendig, dass sich die Menschen mit eben dieser identifizieren und sich auch dafür einsetzen. Dies kann gefördert werden, indem man ihnen eine Stimme gibt, indem man sie nachdenken lässt und mit ihnen in einen Dialog tritt. Wir haben uns gefragt, wie Jugendliche über Demokratie, gerade in der heutigen Krisenzeit, denken oder ob und inwiefern sie überhaupt in eine solche Metaebene einsteigen. Auch die Themen, die Jugendliche beschäftigen, spielen hierbei eine Rolle. Was davon sollte dringend von der Politik aufgenommen werden? Um diesen Themen genauer auf den Grund zu gehen, haben wir Interviews mit 25 jungen Menschen aus Bayern im Alter zwischen 15 und 24 Jahren geführt. Zwei Drittel der Befragten waren noch nicht volljährig.

Dieses Buch würde im wissenschaftlichen Sprachgebrauch „qualitative Stichprobenanalyse“ heißen und kann als Ergänzung zur Brunswick-Studie betrachtet werden. Unserer Untersuchung zufolge kann der Eindruck gewonnen werden, dass Jugendliche sich beteiligen wollen, aber sich selbst nicht als informiert genug sehen.

Beteiligung ist für Jugendparlamente, politische Jugenddebatten oder Aktivitäten gewünscht; die Teilnahme an den Wahlen finden die allermeisten Befragten für Jugendliche unter 18 Jahren nicht sinnvoll, da sie vielfach der Meinung sind, dass minderjährige Jugendliche noch nicht zu einem eigenständigen Urteil fähig sind. Sie lassen sich noch zu sehr von ihrem Freundeskreis oder von den Eltern beeinflussen und zudem lernen Sie darüber auch zu wenig in der Schule. Interessant war jedoch, dass das Vertrauen in die staatlichen Organisationen und in die Demokratie überraschenderweise in unseren Umfragen stark ausgeprägt ist. Gleichmaßen sind es Momentaufnahmen von jungen Menschen, die sich in Entwicklung befinden und sich noch verändern. Diese Arbeit kann Hinweise für die Weiterführung anderer Studien geben oder einfach zum Nachdenken anregen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung wollten gerne an diesem Buch mitwirken. Die Meinung von Jugendlichen, die dem demokratischen System bereits komplett den Rücken gekehrt haben, sind dadurch möglicherweise nicht abgebildet worden. Auch wenn dies sicherlich eine Schwäche ist, so ist eines der weiteren Ziele der Studie die Vielfalt von Jugendlichen in Bayern darzustellen.

Interessanterweise machten wir die Feststellung, dass Mädchen sich seltener befragen lassen wollten und sich weniger für Politik interessieren. Dies kann zwei Ursachen haben: Der erste Grund für das geringere Interesse sehen wir darin, dass Mädchen sich aufgrund ihrer Sozialisierung weniger für Politik und die damit zusammenhängenden Themen interessieren, wie auch die Untersuchungen von „Statista“ zeigen (Statista 2022, 5). Der zweite Auslöser für dieses Verhalten kann auch darin liegen, dass es in der Schule das Fach „Politik und Gesellschaft“ erst ab der 10. Klasse gibt und daher noch zu wenige Kenntnisse bestehen, wodurch das Thema noch nicht hinreichend diskutiert werden kann. Nichtsdestotrotz haben wir es geschafft, einige Mädchen zum Mitmachen zu bewegen. Insgesamt wurden 13 männliche, zehn weibliche, eine diverse und eine eventuell diverse Person interviewt.

CORINNA WAGNER

2. Konkrete Durchführung und Eindrücke der Befragungen

2.1 Warum so und nicht anders?

Die Interviews wurden persönlich online über das Konferenztool „Zoom“ geführt. Dabei haben die Interviewten und ich (vor einem Bücherregal sitzend) uns gegenseitig gesehen. Daher ist es durchaus möglich, dass dies die Antworten beeinflusst hat; möglicherweise wurden hin und wieder Dinge gesagt, um wahlweise zu gefallen oder zu provozieren. Meine Bemühungen zielten selbstverständlich darauf ab, neutral zu wirken. Auch habe ich mich bemüht, keine Suggestivfragen zu stellen, auch wenn dies nicht immer gelungen ist, da ich herausfinden wollte, ob hinter kurzen Darstellungen tieferes Hintergrundwissen vorhanden ist. Welche Gedankengänge stecken hinter den Aussagen oder den konkreten Einstellungen? Sind es Meinungen, die von der Peer-Group oder Eltern kopiert sind?

An zwei Schulen wurde die Sitzung in einem Raum eröffnet und Schülerinnen und Schüler bekamen während der Unterrichtszeit spontan die Möglichkeit, an den Interviews teilzunehmen. Manche Schulen, Jugendclubs und Vereine vermittelten Kontakte an mich weiter. Die Interviews habe ich während der Sitzungen aufgezeichnet und anschließend detailgenau aufgeschrieben. Der einfachen Lesbarkeit wegen hat Priv.-Doz. Dr. habil. Karin Schnebel die Interviews später gekürzt und das Wesentliche für die Darstellung herausgezogen. Allerdings kann man im Literaturverzeichnis des Buches den Link zu unserer Website mit den Transkriptionen der authentischen Interviews finden, bei denen nur Dialekt ins Hochdeutsche umgeschrieben wurde. Dadurch können Interessierte die Originalaussagen der Jugendlichen auf Wunsch nachlesen.

Die Fragen waren den jungen Befragten im Vorfeld nicht bekannt. Da es sich um eine qualitative Stichprobenauswahl handelt, sind die Aussagen nur teilweise ergänzend zu der quantitativen Brunswick-Studie repräsentativ.

Nun zum Konkreten:

Alter der Interviewten:

15 Jahre:	2
16 Jahre:	3
17 Jahre:	9
18 Jahre:	3
19 Jahre:	1

20 Jahre:	1
21 Jahre:	4
22 Jahre:	1
24 Jahre:	1

Schulbildung:

Aktuell Mittelschule:	2
Aktuell Realschule:	4
Aktuell Gymnasium:	4
Aktuell Berufsfachschule (vorher Gymnasium):	1
Aktuell Universität (davor Gymnasium):	2
Aktuell Angestellt (davor Realschule und Berufsschule):	1
Aktuell Berufsschule:	11

Davon vorher:

Keine Angabe:	1
Realschule:	4
Realschule – FOS:	4
Gymnasium:	1
Mittelschule:	1

Geschlecht/Gender:

Männlich:	13
Weiblich:	10
Nicht sicher ob, weiblich oder divers:	1
Divers:	1

*Eingewanderte (erste Generation)*¹ 4

Religiöse Zugehörigkeit

Die Mehrheit der Befragten war christlich. Es waren auch muslimische und jüdische Mitbürger*innen dabei.

Wir haben im Folgenden einige Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst und in verschiedene Themen unterteilt, um klare Aussagen in Bezug auf die Einstellungen zur Demokratie machen zu können. Grundlage der Quantifizierung sind die ungekürzten Protokolle der Originalinterviews mit den Jugendlichen.

¹ Vier Jugendliche mit eigener Einwanderungserfahrung thematisierten ihre Herkunft. Drei davon im Kontext von Diskriminierung. Zwei Interviewte mit eingewandertem Elternteil oder eingewanderten Eltern erwähnten dies im Zusammenhang mit Religionszugehörigkeit. Eine Interviewte sprach über Einwanderung des Großvaters im Zusammenhang mit Rassismuserfahrungen.

2.2 Demokratie und Meinungsfreiheit

Über die Hälfte der Befragten war unter 18 Jahre alt. Alle Befragten fanden es positiv, in einer Demokratie zu leben. Ein Befragter stellte die Demokratie im ersten Schritt infrage. Die wichtigste Assoziation, die die Jugendlichen zum Thema Demokratie hatten, war Meinungsfreiheit oder freie Meinungsäußerung, dies wurde 13-mal geäußert. Demokratie als Volksherrschaft wurde nur von sechs Befragten definiert. Möglicherweise lag das an der Fragestellung, die mit der Formulierung „Was bedeutet für Dich Demokratie?“ das Individuum in den Mittelpunkt stellte. Weitere Nennungen waren „Einfluss des Einzelnen/Mitbestimmung/Teilhabe/Mitsprache“ (8 Nennungen), „Rechte/Grundgesetz/Menschenrechte/Gleichberechtigung“ (7 Nennungen), „Wahlen“ (6 Nennungen), „Freiheit“ (5 Nennungen), „Gleichheit“ (3 Nennungen), „keine Monarchie/Alleinherrschaft“ (3 Nennungen), „Teil einer Gemeinschaft sein, Zusammenhalt“ (2 Nennungen), „Möglichkeit, durch Einsatz Veränderungen zu erreichen“ (2 Nennungen), „Mehrheitsentscheidung“ (2 Nennungen), „Pflichten“ (1 Nennung), „Pressefreiheit“ (1 Nennung), „keine Selbstverständlichkeit, da in der Vergangenheit und im Ausland Menschen für ihre Erreichung starben/sterben“ (1 Nennung).

Die Mehrheit spricht oft über Politik (13), viele gelegentlich (7) und einige selten (5). Fast alle sind der Meinung, dass man in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, aber vielen ist es unangenehm, eine Meinung zu vertreten, die bei anderen nicht gut ankommt. Mehr als ein Drittel der unter 18-jährigen Befragten fühlte sich vom Staat nicht repräsentiert. Ein knappes Drittel teilweise oder nur von ihrer Partei, ein weiteres knappes Drittel schon. Bei den über 18-jährigen fühlten sich nur zwei Befragte nicht repräsentiert, eine knappe Mehrheit (6) teilweise, fünf fühlten sich repräsentiert.

2.3 Engagement

Die Mehrheit der Befragten, 15 Personen, gab an, politisch nicht aktiv zu sein, zwei sagten, dass ihre Aktivität darin bestünde, gelegentlich über Politik zu reden. Die anderen acht Jugendlichen gaben an, politisch aktiv zu sein. Dabei handelte es sich um Mitgliedschaft in Jugendorganisationen von Parteien, Übernahme von Ämtern, Teilnahme am Wahlkampf, Teilnahme an Demonstrationen, Ausbildung zum Multiplikator*in für politische Themen, Projektleitung oder politischer Aktivismus auf Social Media. Vier Befragte sind Mitglied einer Partei oder deren Jugendorganisation.

Die Hälfte der Befragten engagiert sich in Vereinen oder Organisationen. Genannt wurden die Freiwillige Feuerwehr, Orchester oder Chor, Sportvereine, Vereine zur Brauchtumpflege, Tierzucht oder Tierschutz, Organisationen, die in der politischen Bildung, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt oder der Erhaltung von Werten tätig sind, Studierendenverband, Jugendparteien oder Kirche/Synagoge. Einige

Befragte leiten auch selbst schon Projekte oder organisieren größere Veranstaltungen.

2.4 Kirche und Religionsgemeinschaften

Über die Hälfte der Befragten bezeichnete sich als religiös (14), bei den unter 18-jährigen waren es sogar 13 von 17 Befragten. Nur drei Befragte sagten, dass sie nicht religiös seien. Einer dieser drei erwähnte aber an anderer Stelle, dass Tiere eine Seele hätten und dass die Frage nach dem Sinn des Lebens oder warum er auf der Erde sei, eines der wichtigsten Themen für ihn sei. Die anderen Befragten bezeichneten sich als mehr oder weniger religiös (6), in einem Interview wurde die Frage nicht gestellt. Der Großteil der Befragten war christlich (18), davon 13 römisch-katholisch, vier evangelisch, und eine griechisch-orthodox. Zwei Befragte waren jüdisch, zwei muslimisch, bei dreien blieb es unklar. Im vorher geführten Testinterview wurde die Frage nach Religiosität gar nicht gestellt, bei den frühen Interviews wurde nicht nachgehakt, wenn die Antwort nur ja/nein lautete.

Ein Befragter ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten, weil er sich nicht mehr mit ihr identifizieren kann, drei der Katholik*innen tendieren zu einem Austritt. Von diesen begründete dies ein Befragter mit dem schlechten Umgang der katholischen Kirche mit Kindern. Zwei der drei Austrittswilligen hatten sich vorher als religiös eingeordnet, zwei der Befragten aus dieser Gruppe identifizieren sich als divers oder eventuell divers. Fünf Befragte gaben an, sich in ihren Gemeinden zu engagieren oder engagiert zu haben, beispielsweise als Ministrant*in, Sänger*in im Synagogenchor, in der Jugendarbeit und der Kirchenpolitik. Mehrere Befragte besuchen ihre Gemeinden gelegentlich oder nur zu großen religiösen Festen, einige gehen regelmäßig zu Gottesdiensten.

2.5 Forderungen an die Politik

Da sich die Antworten auf die drei folgenden Fragen thematisch überlagerten, werden sie hier zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft erstens die Frage, was das wichtigste Thema sei, dessen sich die Politik annehmen solle, zweitens, was man in der Politik verändern wollen würde, sofern man die Möglichkeit hätte, und drittens, was man sofort abschaffen würde, wenn man könnte.

Weil die Fragen offen gestellt wurden, gibt es Interviewte, die Mehrfachantworten gegeben haben, und andere, die einfach geantwortet oder auf eine Frage gar nichts gesagt haben. Außerdem ist zu beachten, dass die Interviews in einem Zeitraum von Februar bis November 2022 durchgeführt wurden. So thematisieren die früh geführten Interviews noch mehr die Covid-19-Pandemie, dann auch den Ukrainekrieg, wenn sich auch dessen Einordnung im Laufe der Monate veränderte, und schließlich die befürchteten Engpässe in der Energieversorgung oder die wirtschaftlichen

Folgen. Auch andere Ereignisse aus dem Tagesgeschehen, wie die Änderung des Abtreibungsrechtes in den USA oder die Frauenproteste im Iran kamen im Sommer und Herbst hinzu. Andere Befragten hatten ihre ganz speziellen Anliegen oder Probleme. Wenn im folgenden Zahlen genannt werden, ist die Aussage zu relativieren.

2.5.1 Pandemie, Klima, Krieg, Energie

Die Freiheitsbeschränkungen durch Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie waren für zwei Jugendliche das wichtigste Thema, welches die Politik behandeln sollte. Ein Befragter hätte sich eine stärkere Orientierung an der Mehrheitsmeinung gewünscht statt Richtungswechsel bei der Pandemiebekämpfung. Zwei hätten die Maskenpflicht gerne früher abgeschafft, unter anderem im Öffentlichen Personen-Nah-Verkehr (ÖPNV).

Die Umweltpolitik, die Klimakrise und der Klimawandel wurde siebenmal als wichtigstes Thema genannt, dabei ging es zum Beispiel um das Produzieren von weniger Plastik, Stärkung des ÖPNV oder darum, die CO₂-Steuer zu erhöhen. Das konkrete Anliegen, mehr erneuerbare Energien zu verwenden oder deren Entwicklung voranzutreiben, dreimal.

Der Ukrainekrieg oder die Notwendigkeit friedensstiftender Maßnahmen wurde viermal, Krieg allgemein dreimal als wichtiges Thema derzeit gesehen. Energie oder Überwindung der Energiekrise durch erneuerbare Energien wurde zweimal genannt. Ein Jugendlicher war hingegen für die Reduzierung der Treibstoffpreise mittels Steuersenkung. Außerdem wurde einmal gewünscht, mehr wissenschaftsbasierte Politik zu betreiben. Dies bezog sich vor allem auf die Bekämpfung des Klimawandels.

2.5.2 Arbeit und Wirtschaft

Die Wirtschaft, die Unterstützung kleiner Firmen und die Wirtschaftskrise waren für zwei Jugendliche das wichtigste Thema. Für eine Befragte war die Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung, ein weiterer Befragter nannte das Rentensystem. Zweimal wurde die Landwirtschaft oder ihre bessere Finanzierung genannt. Ein Befragter plädierte aus ethischen Gründen für die Abschaffung der Massentierhaltung. Soziale Gerechtigkeit, wie beispielsweise die Bekämpfung von Kinderarmut, wurde einmal erwähnt, außerdem Steuersenkung für Geringverdiener in Kombination mit strengerer Verteilung von Sozialleistungen. Eine Person würde auf ein sozialistisches System umsteigen (oder zunächst Gewerkschaften stärken, höhere Steuern für Reiche erheben und mehr Gleichberechtigung durchsetzen). Einer anderen Person lag die bessere finanzielle Ausstattung von Schulen am Herzen. Konzernen, die auf Kohle setzen, würde sie Gelder abziehen, um sie in erneuerbare Energien zu investieren. Außerdem gewünscht wurde einmal die Vereinfachung des Steuersystems.